

S a t z u n g

der Ortsgemeinde Arnshöfen

über die Erhebung von Beiträgen für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen (Erschließungsbeiträge)

vom 19. Febr. 1976

Der Gemeinderat hat auf Grund des § 132 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in Verbindung mit § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 419, BS 2020-1) und der §§ 1 bis 4 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für Rheinland-Pfalz vom 8. November 1954 (GVBl. S. 139, BS 610-10) die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird.

§ 1

Erhebung des Erschließungsbeitrages

(1) Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für Erschließungsanlagen erhebt die Ortsgemeinde Erschließungsbeiträge nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes (§§ 127 ff) und dieser Satzung.

(2) Sobald die Ortsgemeinde entschieden hat, eine Erschließungsmaßnahme im Sinne dieser Satzung durchzuführen, teilt die Gemeindeverwaltung dies unverzüglich den Personen, die als Beitragsschuldner voraussichtlich in Betracht kommen, schriftlich mit und weist darauf hin, daß sie mit der Zahlung von Beiträgen zu rechnen haben. Zugleich teilt sie mit, wann und wo in diese Satzung Einblick genommen werden kann. Statt einer schriftlichen Unterrichtung kann auch eine mündliche Unterrichtung durchgeführt werden. Die Bestimmungen dieses Absatzes haben keine rechtsbegründete Wirkung.

§ 2

Art- und Umfang der Erschließungsanlagen und des Erschließungsaufwandes

(1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand

1. Für die zum Anbau bestimmten öffentlichen Straßen,
Wege und Plätze in

bis zu einer Straßenbreite
(Fahrbahnen, einschließlich
der Standspuren, Radwege
und Gehwege) von

- | | |
|--|------------------|
| a) Wochenendhausgebieten mit einer Geschoßflächenzahl bis 0,2 | 7,0 m |
| b) Kleinsiedlungsgebieten mit einer Geschoßflächenzahl bis 0,4
bei einseitiger Bebaubarkeit | 10,0 m
8,5 m |
| c) Dorfgebieten, reinen Wohngebieten, allgemeinen Wohngebieten,
Mischgebieten | |
| aa) mit einer Geschoßflächenzahl bis 0,7
bei einseitiger Bebaubarkeit | 14,0 m
10,5 m |

- | | |
|---|------------------|
| bb) mit einer Geschoßflächenzahl über 0,7 bis 1,0
bei einseitiger Bebaubarkeit | 18,0 m
12,5 m |
| cc) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,0 bis 1,6 | 20,0 m |
| dd) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,6 | 23,0 m |
| d) Kerngebieten, Gewerbegebieten und Sondergebieten | |
| aa) mit einer Geschoßflächenzahl bis 1,0 | 20,0 m |
| bb) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,0 bis 1,6 | 23,0 m |
| cc) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,6 bis 2,0 | 25,0 m |
| dd) mit einer Geschoßflächenzahl über 2,0 | 27,0 m |
| e) Industriegebieten | |
| aa) mit einer Baumassenzahl bis 3,0 | 23,0 m |
| bb) mit einer Baumassenzahl über 3,0 bis 6,0 | 25,0 m |
| cc) mit einer Baumassenzahl über 6,0 | 27,0 m. |
2. Für die nicht zum Anbau bestimmten Sammelstraßen
(§ 127 Abs. 2 Nr. 2 BBauG) 27,0 m.
3. Für Parkflächen,
- a) die Bestandteil der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. 1 und 2 sind,
bis zu einer zusätzlichen Breite von 5 m,
 - b) soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. 1 und 2 genannten Verkehrs-
anlagen sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der
Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v.H.
der Summe der nach § 5 Abs. 2 sich ergebenden Geschoßflächen.
4. Für Grünanlagen,
- a) die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. 1 und 2 sind,
bis zu einer zusätzlichen Breite von 4,0 m,
 - b) soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. 1 und 2 genannten Verkehrs-
anlagen sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Bau-
gebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v.H. der Summe
der nach § 5 Abs. 2 sich ergebenden Geschoßflächen.

(2) Zu dem Erschließungsaufwand nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 gehören insbesondere die Kosten für:

1. den Erwerb der Flächen für die Erschließungsanlagen,
2. die Freilegung der Flächen für die Erschließungsanlagen,
3. die Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhungen oder Vertiefungen,
4. die Herstellung von Rinnen sowie die Randsteinbefestigung,
5. die Radwege,
6. die Bürgersteige,
7. die Beleuchtungseinrichtungen,
8. die Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen,
9. den Anschluß an andere Erschließungsanlagen,
10. die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen und
11. die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern.

(3) Der Erschließungsaufwand umfaßt auch den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.

(4) Für Wege, Plätze, Parkflächen und Grünanlagen gelten die Absätze 2 und 3 sinngemäß.

(5) Der Erschließungsaufwand umfaßt auch die Kosten, die für Teile der Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt einer Bundes-, Landes- oder Kreisstraße entstehen, die über die Breite der anschließenden freien Strecken dieser Straßen hinausgehen.

(6) Aufwendungen für Straßenanlagen zum Umkehren von Kraftfahrzeugen (Wendehämmer) sind insoweit beitragsfähig, als deren Gesamtbreite das Doppelte der in Absatz 1 genannten Fahrbahnen nicht überschreitet.

§ 3

Art der Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

(1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand (§ 2) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

(2) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand wird für die einzelne Erschließungsanlage ermittelt. Die Gemeinde kann abweichend von Satz 1 entweder den beitragsfähigen Erschließungsaufwand für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage ermitteln oder diesen Aufwand für mehrere Anlagen, die für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden, insgesamt ermitteln.

(3) Die Aufwendungen für Sammelstraßen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2), für Parkflächen im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 3b und für Grünanlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 4b werden entsprechend den Grundsätzen des § 6 Abs. 1 den zum Anbau bestimmten Straßen, Wegen und Plätzen, zu denen sie von der Erschließung her gehören, zugerechnet; im Falle des § 6 Abs. 2 ist nach dieser Vorschrift zu verfahren. Das Verfahren nach Satz 1 findet keine Anwendung, wenn Parkflächen oder Grünanlagen als selbständige Erschließungsanlagen abgerechnet werden.

§ 4

Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Erschließungsaufwand

Die Gemeinde trägt 10 v.H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes. Erhält die Gemeinde Zuweisungen aus öffentlichen Kassen, die den sich aus Satz 1 ergebenden Betrag überschreiten, so erhöht sich der Gemeindeanteil nach Satz 1 um den überschreitenden Betrag.

§ 5

Grundstücksflächen und Geschoßflächen

(1) Bei der Ermittlung der Grundstücksflächen bleiben die Grundstücke außer Ansatz, die außerhalb des Baulandes liegen. Als Bauland gilt, wenn ein Bebauungsplan nicht besteht oder der Bebauungsplan eine andere als die bauliche oder gewerbliche Nutzung vorsieht.

1. bei Grundstücken, die an die Erschließungsanlage angrenzen, die Fläche von der Erschließungsanlage bis zu einer Tiefe von höchstens 50 m,
2. bei Grundstücken, die ohne an die Erschließungsanlage zu grenzen, mit der Erschließungsanlage durch einen Weg oder in anderer rechtlich gesicherter Form verbunden sind, die Fläche von der zu der Erschließungsanlage liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von höchstens 50 m.

Flächen, die über die tiefenmäßige Begrenzung hinaus baulich oder gewerblich genutzt werden, sind insoweit hinzuzurechnen.

(2) Die Geschoßfläche des einzelnen Grundstücks ergibt sich durch Vervielfachung der Grundstücksfläche mit der Geschoßflächenzahl. Für die Geschoßflächenzahl ist der Bebauungsplan maßgebend. Das gilt auch im Falle der Planreife im Sinne des § 33 des Bundesbaugesetzes. Im Falle des § 34 des Bundesbaugesetzes ist die Geschoßflächenzahl in entsprechender Anwendung der Baunutzungsverordnung zu ermitteln. In Industriegebieten ergibt sich die Geschoßflächenzahl aus der Vervielfachung der Grundflächenzahl mit der Baumassenzahl, geteilt durch 3,5. Ist im Zeitpunkt der Entstehung der Beitragspflicht für das einzelne Grundstück eine größere Geschoßfläche zugelassen, so ist diese zugrunde zu legen. Bei Grundstücken, für die anstelle der Bebauung eine sonstige Nutzung festgesetzt ist oder bei denen die zulässige Bebauung im Verhältnis zu dieser Nutzung untergeordnete Bedeutung hat, wird als Geschoßfläche die halbe Grundstücksfläche angesetzt.

§ 6

Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

(1) Der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand wird nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 4) auf die durch die einzelne Erschließungsanlage, die bestimmten Abschnitte einer Erschließungsanlage oder die zusammengefaßten Erschließungsanlagen erschlossenen Grundstücke nach den Grundstücksflächen verteilt. Für die Ermittlung der Grundstücksflächen gilt § 5 Abs. 1. Den Grundstücksflächen nach Satz 1 werden für die Grundstücke in Gewerbegebieten und Industriegebieten 40 v.H. der Grundstücksfläche hinzugerechnet; das gleiche gilt für überwiegend gewerblich oder industriell genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten.

(2) Sofern für Gebiete, die durch eine einzelne Erschließungsanlage oder einen bestimmten Abschnitt einer Erschließungsanlage oder eine zusammengefaßte Erschließungsanlage erschlossen werden, eine unterschiedliche bauliche oder sonstige Nutzung zulässig ist, wird der Erschließungsaufwand abweichend von Absatz 1 nach den Geschoßflächen verteilt. Für die Ermittlung der Geschoßflächen gilt § 5 Abs. 2. Den Geschoßflächen werden für Grundstücke in Gewerbegebieten und Industriegebieten 40 v.H. der Geschoßfläche hinzugerechnet; das gleiche gilt für überwiegend gewerblich oder industriell genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten.

(3) Grundstücke an zwei aufeinanderstoßenden Erschließungsanlagen mit einem Eckwinkel von nicht mehr als 135 ° - alte Teilung - (Eckgrundstücke) sind für beide Erschließungsanlagen beitragspflichtig, wenn sie durch beide Anlagen erschlossen werden und die Voraussetzungen des § 133 Abs. 1 BBauG vorliegen. Der Berechnung des Erschließungsbeitrages werden die sich nach Absatz 1 oder Absatz 2 ergebenden Berechnungsdaten jeweils nur mit zwei Dritteln zugrunde gelegt, wenn beide Erschließungsanlagen voll in der Baulast der Gemeinde stehen und

1. nach Inkrafttreten dieser Satzung hergestellt werden
oder
2. für eine der Erschließungsanlagen bereits vor Inkrafttreten dieser
Satzung
 - a) Erschließungsbeiträge entrichtet worden sind oder
 - b) eine Erschließungsbeitragspflicht entstanden ist und noch geltend
gemacht werden kann.

Für Grundstücke, die durch mehr als zwei aufeinanderstoßende Erschließungs-
anlagen erschlossen werden, gilt Satz 1 und 2 entsprechend.

(4) Für Grundstücke, die zwischen zwei Erschließungsanlagen liegen, gilt
Absatz 3 entsprechend, wenn der größte Abstand zwischen den Erschließungsan-
lagen nicht mehr als 50 m beträgt. Beträgt der größte Abstand zwischen zwei
Erschließungsanlagen 50 - 100 m, so gilt folgendes: Die Tiefenbegrenzung
von 50 m wird von beiden Erschließungsanlagen aus gemessen. Soweit die
innerhalb dieser Tiefenbegrenzung liegenden Grundstücksflächen sich über-
schneiden, gilt Absatz 3.

(5) Die Bestimmungen der Absätze 3 und 4 gelten nicht in Gewerbegebieten
und Industriegebieten sowie für überwiegend gewerblich oder industriell
genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten.

§ 7

Kostenspaltung

Der Erschließungsbeitrag kann für

1. den Grunderwerb,
2. die Freilegung,
3. die Fahrbahn,
4. die Radwege,
5. die Bürgersteige,
6. die Parkflächen,
7. die Grünanlagen,
8. die Beleuchtungsanlagen,
9. die Entwässerungsanlagen

gesondert und unabhängig von der vorstehenden Reihenfolge erhoben werden, sobald
die jeweilige Maßnahme, deren Aufwand gedeckt werden soll, abgeschlossen ist.
Diesen Zeitpunkt stellt die Gemeinde fest.

§ 8

Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen

(1) Die öffentlichen, zum Ausbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze sowie
Sammelstraßen und Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn die Gemeinde
die erforderlichen Grundstücke erworben hat und die Erschließungsanlagen die
nachstehenden Merkmale aufweisen:

1. eine Pflasterung, eine Asphalt-, Teer-, Beton- oder ähnliche Decke neu-
zeitlicher Bauart,
2. Straßenentwässerung und Beleuchtung sowie
3. Anschluß an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße.

(2) Bürgersteige und Radwege sind endgültig hergestellt, wenn sie eine Abgrenzung
gegen die Fahrbahn und gegeneinander sowie eine Befestigung mit Platten, Pflaster,
Asphaltbelag oder eine ähnliche Decke neuzeitlicher Bauart aufweisen, soweit die
Gemeinde nicht beschließt, daß bei einfachen Wohnwegen und Siedlungsstraßen auf
die Anlegung erhöhter Bürgersteige verzichtet wird und die Gehwege in einfacher

Form angelegt werden.

(3) Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn die dafür vorgesehenen Flächen als Grünflächen oder gärtnerisch angelegt sind.

§ 9

Beitragsbescheid

(1) Der Beitrag, der auf den einzelnen Beitragsschuldner entfällt, wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.

(2) Der Beitragsbescheid enthält

1. den Namen des Beitragsschuldners,
2. die Bezeichnung des Grundstücks,
3. den zu zahlenden Betrag unter Mitteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes (§ 2), des Gemeindeanteils (§ 4) und der Berechnungsgrundlagen (§§ 5 und 6),
4. die Festsetzung des Zahlungstermines,
5. die Eröffnung, daß der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht und
6. eine Rechtsbehelfsbelehrung.

(3) Der Beitragsbescheid soll ferner den Beitragsschuldner darauf hinweisen, daß er bei der Gemeindeverwaltung Stundung, Ratenzahlung oder Verrentung beantragen kann. Der Antrag soll die Gründe anführen, aus denen die Zahlung des Beitrags zum festgesetzten Zahlungstermin für die Beitragsschuldner eine unbillige Härte wäre.

§ 10

Vorausleistungen

(1) Für ein Grundstück, für das eine Beitragspflicht noch nicht oder noch nicht in vollem Umfang entstanden ist, werden Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag erhoben, wenn ein Bauvorhaben auf diesem Grundstück genehmigt wird. Die Vorausleistung kann bis zur Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages festgesetzt werden.

(2) Für den Bescheid über die Vorausleistungen gilt § 9 sinngemäß.

§ 11

Ablösung des Erschließungsbeitrages

Der Betrag einer Ablösung (§ 133 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbaugesetzes) bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrages. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 12

Anwendung des Kommunalabgabengesetzes

Für die Erhebung von Erschließungsbeiträgen gelten das Kommunalabgabengesetz in der jeweils geltenden Fassung sowie die in § 3 des Kommunalabgabengesetzes bezeichneten Vorschriften der Reichsabgabenverordnung, des Steueranpassungsgesetzes und des Steuersäumnisgesetzes.

Ergänzend zum Kommunalabgabengesetz gelten die Vorschriften der Reichs-abgabenordnung über die Ermittlung und die Festsetzung der Steuern sinn-gemäß.

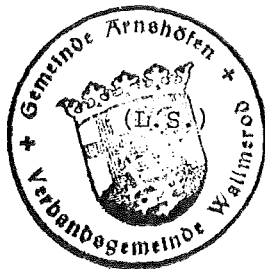
§ 13

Inkrafttreten/Außerkräftreten

Die Satzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.
~~Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbei-
trägen vom ----- außer Kraft.
Soweit eine Beitragspflicht auf Grund früherer Satzungen entstanden ist,
gelten diese weiter.~~

Arnshöfen , den 19. Febr. 1976

Gemeindeverwaltung



H. H. H.
Ortsbürgermeister

G e n e h m i g t

gemäß § 2 Abs. 2 des Kommunalabgaben-
gesetzes für Rheinland-Pfalz

Montabaur, den 12. Feb. 1976



Kreisverwaltung
des Westwäldkreises
Im Auftrage:

H. H. H.

B e s c h e i n i g u n g

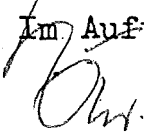
I. Die Satzung der Ortsgemeinde/ ~~Verbandsgemeinde~~ ^{Amtsblätter}
..... über ^{Erhebung von Erschließungsbeiträgen}
.....
.....
wurde am ^{19. Febr. 76} von dem Orts- Bürgermeister ausge-
fertigt; sie trägt das Datum vom ^{19. Febr. 1976}

II. Die Satzung wurde
a) im Amtsblatt der Verbandsgemeinde
ausgegeben am,
b) in der Westerwälder Zeitung - Ausgabe vom,
c) im Mitteilungsblatt des Verlages ^{Primo-Verlag + Druck, Weitersburg}
für den Bereich der Verbandsgemeinde ^{Wallmerod}
ausgegeben am ^{27. Febr. 1976}, ^{14. 8/76}
d) durch öffentliche Auslegung im Dienstgebäude der Verbands-
gemeindeverwaltung in der Zeit vom bis
- 7 volle Werktage -. (auf die Auslegung wurde durch Be-
kanntmachung vom in der / dem
..... (Tag der Ausgabe) hingewiesen
(§ 8 Abs. 2 DVO/GemO), *)

öffentlich bekanntgemacht.

III. Die Satzung ist am ^{27. Febr. 1976} - rückwirkend ab
in Kraft getreten.

*) Die Bekanntmachungsform nach Abschnitt II d) kommt gemäß § 8 Abs. 1 DVO/GemO nur für Ortsgemeinden unter 1000 Einwohnern in Betracht, in denen kein Amtsblatt der Verbandsgemeinde erscheint und die Hauptsatzung die Auslegung bestimmt, jedoch nicht für die Bekanntmachung der Hauptsatzung.

..... Wallmerod, den ^{24. 2. 76}
Verbandsgemeindeverwaltung
Im Auftrage:


(Unterschrift, Amtsbezeichnung)